

## **Niederschrift**

über die 40. öffentliche Sitzung  
**des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses**

am Dienstag, dem **10.05.2011**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 39 vom 14.03.2011**
- 4. Bahnumfahrung Sande  
Vorlage: 079/2011**
- 5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Beigeordneter Andreas Schindler als Ausschussvorsitzender  
Ratsherr Jörg Beutz  
Ratsherr Erich Janßen  
Ratsherr Holger Mehrle  
Ratsherr Wilfried Rost

Vertreter/in

Ratsherr Dieter Günther Vertretung für Ratsfrau Renate Herde  
Ratsfrau Manuela Mohr Vertretung für Ratsherr Engelbert Wulfert

Zuhörer/in

Ratsherr Hermann Kleemann

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann  
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann  
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Beigeordneter Schindler, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 39 vom 14.03.2011**

**Beschluss:**

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4. Bahnumfahrung Sande**  
**Vorlage: 079/2011**

Der Ausschussvorsitzende führte einleitend aus, dass es sehr begrüßt wird, dass die Finanzierungsgespräche in solch atmosphärischer Runde stattgefunden haben, gleichwohl wurde die Aussage des Bürgermeisters in der Presse kritisiert, dass die Politik keinen Druck aufbauen soll, denn nach Ansicht des Ausschussvorsitzenden ist genau das Aufgabe der von den Bürgern Sandes gewählten Ratsvertreter.

Bürgermeister Wesselmann stellte zunächst anhand eines Planes den Trassenverlauf vor, der Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens sein wird und ging dabei auf die Abweichungen gegenüber den ursprünglichen Planunterlagen ein. Alsdann wurden die Ergebnisse der gemeinsamen Besprechung mit Vertretern des Bundesverkehrsministeriums, Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums, Eisenbahnbundeamtes, DB Netz AG, DB ProjektBau GmbH, Landkreis Friesland und der Gemeinde Sande vorgestellt. Positiv wurde hierbei hervorgehoben, dass übereinstimmend die Notwendigkeit für eine Bahnumfahrung Sandes gesehen wurde und die Beteiligten emsig an einer Finanzierungsvereinbarung arbeiten. Problematisch und dabei auch verzögernd wirkt sich die Sonderstellung Sandes aus, da keine allgemeine Vereinbarung sondern vielmehr ein individueller Vertragsentwurf ausgearbeitet werden muss, in dem sämtliche Besonderheiten Berücksichtigung finden müssen. Aufgrund der geänderten Planungen (Zweigleisigkeit, Elektrifizierung, geänderte Dammlage, etc.) kommt es nach Aussage des Bürgermeisters zu Mehrkosten, an denen sich die Gemeinde und der Landkreis nach den Vorstellungen des Bundes ebenfalls beteiligen sollen, was jedoch von beiden abgelehnt wurde, da der Gemeinde und dem Landkreis möglicherweise ohnehin aufgrund gesetzlicher Vorgaben zusätzliche Kosten entstehen, da auf die freiwillige Leistung noch ein festgesetzter Verwaltungskostenanteil hinzukommt. Um die derzeit bestehende Finanzierungslücke decken zu können, sollten nach Ansicht des Bürgermeisters die Stadt Wilhelmshaven und der Hafentreiber mit an der Finanzierung beteiligt werden, da die beiden Institutionen Nutznießer des JadeWeserPorts sind.

Zur weiteren Vorgehensweise wurde erläutert, dass zunächst in bilateralen Gesprächen weitere Einzelheiten der Vereinbarung geklärt werden ehe eine zweite große Gesprächsrunde in Hannover stattfindet, die noch vor den Sommerferien durchgeführt werden soll. In diesem Zusammenhang nahm der Bürgermeister auf die in den einleitenden Worten des Ausschussvorsitzenden hervorgebrachte Kritik dahingehend Stellung, dass es ausdrücklich Wunsch der Vertreter des Landes und des Bundes war, dass seitens der Kommunalpolitik kein unnötiger Druck aufgebaut wird, damit die anstehenden Prüfungen, die juristisch höchst anspruchsvoll sind, in Ruhe durchgeführt werden können.

Ferner wurde mitgeteilt, dass das Planfeststellungsverfahren in Kürze eingeleitet und voraussichtlich bis Ende 2012 andauern wird. Sofern keine

Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss erhoben werden, kann Anfang 2013 mit der Baumaßnahme begonnen werden, für die eine Bauzeit von rund zwei Jahren eingeplant wird.

Im Ausschuss bestanden unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Wunsches, keinen politischen Druck auszuüben, da einerseits die Ansicht vertreten wurde, dass durch Artikel oder Leserbriefe die Ängste der Bürger geschürt werden und deswegen davon abgesehen werden sollte und andererseits diplomatisch aufgebauter Druck als der Sache dienlich angesehen wurde.

Die Wahl der Variante wurde von einem Ausschussmitglied als Fehler angesehen, weil die Entscheidung zugunsten der Westvariante dazu geführt hätte, dass keine Abrechnung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz erfolgt wäre, wodurch die Beteiligung der Gemeinde an den Kosten entfallen wäre.

Ein anderes Ausschussmitglied monierte, dass der jetzige Sachstand und die Finanzierungszusage viel eher hätten möglich sein müssen, weil die Rahmenbedingungen bereits lange bekannt waren, dennoch ist es immer wieder zu Verzögerungen gekommen. Die Verzögerungen und die unterschiedlichen Aussagen seitens der Bahn führen nach Ansicht des Ausschussmitgliedes zur Verunsicherung der Bürger. Im Fokus sollte im nächsten Schritt stehen, dass die Kosten für die Gemeinde bei der Gesamtfinanzierung im Rahmen gehalten werden.

Hierzu führte der Bürgermeister aus, dass die zeitlichen Verzögerungen im Wesentlichen damit zusammenhängen, dass die Planungen aufgrund der seitens der Gemeinde vorgetragenen Änderungswünsche angepasst werden mussten und diese teilweise auch zu deutlichen Mehrkosten geführt haben.

Einem Ausschussmitglied stellte die Wichtigkeit heraus, dass alle Fraktionen sich für die Bahnumfahrung aussprechen und das Vorhaben kein Wahlkampfthema einer einzelnen Partei ist. Von daher muss auch politischer Druck, sofern er angebracht ist, ausgeübt werden dürfen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der vorgestellten Planungsvariante für die Bahnumfahrung Sande, mit der das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden soll, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- - -

Schluss der Sitzung: 17:50 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin